



R e c h t s a n w a l t s k a n z l e i

# Röthig

Zwickau · Chemnitz · Dresden

## Kanzlei Wilkau-Haßlau

Rudolf-Breitscheid-Straße 14  
08112 Wilkau-Haßlau  
Tel. 0375/677 93 34  
Fax 0375/677 93 36

## Kanzlei Chemnitz

Bergstraße 61  
09113 Chemnitz  
Tel. 0371/91 88 55 88  
Fax 0371/91 88 55 89

## Kanzlei Dresden

Blasewitzer Straße 41  
01307 Dresden  
Tel. 0351/450 44 38  
Fax 0351/450 44 39

Bitte per E-Mail an [info@rechtsanwaltskanzlei-roethig.de](mailto:info@rechtsanwaltskanzlei-roethig.de) bzw. Fax oder Post an eine der genannten Adressen senden.

## Schweigepflichtentbindungserklärung

wird hiermit in Sachen \_\_\_\_\_  
(durch Rechtsanwaltskanzlei Röthig auszufüllen)

wegen \_\_\_\_\_  
(durch Rechtsanwaltskanzlei Röthig auszufüllen)

Name, Vorname: \_\_\_\_\_

Geburtsdatum: \_\_\_\_\_

Geburtsort: \_\_\_\_\_

Anschrift: \_\_\_\_\_

Hiermit entbinde ich alle Ärzte, die mich aus oben bezeichnetem Anlass behandelt haben, von ihrer Pflicht zur ärztlichen Verschwiegenheit und ermächtige diese,

der Rechtsanwaltskanzlei Röthig in der Rudolf-Breitscheid-Straße 14 in 08112 Wilkau-Haßlau

der Haftpflichtversicherung: \_\_\_\_\_  
\_\_\_\_\_

der Unfallversicherung: \_\_\_\_\_  
\_\_\_\_\_

der Unfallkasse: \_\_\_\_\_  
\_\_\_\_\_



der Berufsgenossenschaft:

---

---

der Krankenkasse:

---

---

der Bundesversicherung  
für Angestellte:

---

---

der Landesversicherungsanstalt  
für Angestellte:

---

---

dem Sachverständigen:

---

---

der Polizeidienststelle:

---

---

dem Zoll:

---

---

der Staatsanwaltschaft:

---

---

dem Gericht:

---

---

alle von dort gewünschten Informationen zu erteilen.\*

(\*Zutreffendes bitte ankreuzen)

Ort, Datum \_\_\_\_\_

Unterschrift \_\_\_\_\_



**Kanzlei Wilkau-Haßlau**

Rudolf-Breitscheid-Straße 14  
08112 Wilkau-Haßlau  
Tel. 0375/677 93 34  
Fax 0375/677 93 36

**Kanzlei Chemnitz**

Bergstraße 61  
09113 Chemnitz  
Tel. 0371/91 88 55 88  
Fax 0371/91 88 55 89

**Kanzlei Dresden**

Blasewitzer Straße 41  
01307 Dresden  
Tel. 0351/450 44 38  
Fax 0351/450 44 39

## Hinweisformular zur Datenverarbeitung nach Art. 13 DSGVO

### 1. Name und Kontaktdaten des für die Verarbeitung Verantwortlichen sowie des betrieblichen Datenschutzbeauftragten

Diese Datenschutzhinweise gelten für die Datenverarbeitung durch:

Verantwortlicher: Rechtsanwalt Reinhard Röthig, Rudolf-Breitscheid-Straße 14, 08112 Wilkau-Haßlau  
Email: [info@rechtsanwaltskanzlei-roethig.de](mailto:info@rechtsanwaltskanzlei-roethig.de)  
Telefon: +49 (0)375 – 677 93 34  
Fax: +49 (0)375 – 677 93 36

Der betriebliche Datenschutzbeauftragte der Rechtsanwaltskanzlei Röthig ist wie folgt erreichbar:

Datenschutzbeauftragter: Thomas Hanke, 08393 Meerane  
Telefon: +49 (0)173 – 88 566 39  
Email: [datenschutz@rechtsanwaltskanzlei-roethig.de](mailto:datenschutz@rechtsanwaltskanzlei-roethig.de)

### 2. Erhebung und Speicherung personenbezogener Daten sowie Art und Zweck und deren Verwendung

Wenn Sie uns kontaktieren zur Vorbereitung und/oder Durchführung eines Mandates, erheben wir folgende Informationen im Sinne Art. 4 Abs.1 Ziff 1 DSGVO („personenbezogene Daten“):

- Anrede, Vorname, Nachname,
- eine gültige E-Mail-Adresse,
- Anschrift,
- Telefonnummer (Festnetz und/oder Mobilfunk)
- Informationen, die für die Geltendmachung und Verteidigung Ihrer Rechte im Rahmen des Mandats notwendig sind
- Informationen, die für die Verwaltung und Abrechnung Ihres Mandates notwendig sind (Bankdaten etc.)

In Fällen des Verkehrs-, Familien- und Strafrechtes kann die Erhebung besonderer Kategorien personenbezogener Daten im Sinne Art. 9 Abs 1 DSGVO erforderlich sein. Dazu verwenden wir spezielle Fragebögen unserer Kanzlei. Die Datenerhebung erfolgt dabei auf Grundlage Art. 9 Abs 2 lit. a, b, c, f DSGVO. Der besonderen Schutzwürdigkeit dieser Daten wird in unserer Kanzlei durch geeignete Maßnahmen Rechnung getragen.

Die Erhebung dieser Daten erfolgt,

- um Sie als unseren Mandanten identifizieren zu können;
- um Sie angemessen anwaltlich beraten und vertreten zu können;
- zur Korrespondenz mit Ihnen;
- zur Rechnungsstellung;
- zur Abwicklung von evtl. vorliegenden Haftungsansprüchen sowie der Geltendmachung etwaiger Ansprüche gegen Sie;

Die Datenverarbeitung erfolgt auf Ihre Anfrage hin und ist nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. b DSGVO zu den genannten Zwecken für die angemessene Bearbeitung des Mandats und für die beidseitige Vorbereitung und Erfüllung von Verpflichtungen aus dem Mandatsvertrag erforderlich.

Die für die Mandatierung von uns erhobenen personenbezogenen Daten werden bis zum Ablauf der gesetzlichen Aufbewahrungspflicht für Anwälte (6 Jahre nach Ablauf des Kalenderjahres, in dem das Mandat beendet wurde,) gespeichert und danach gelöscht, es sei denn, dass wir nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. c DSGVO aufgrund von steuer- und handels- rechtlichen Aufbewahrungs- und Dokumentationspflichten (aus HGB, StGB oder AO) zu einer längeren Speicherung verpflichtet sind oder Sie in eine darüberhinausgehende Speicherung nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. a DSGVO eingewilligt haben.

Sollte aus Ihrer Kontaktaufnahme und den mandatsvorbereitenden Maßnahmen kein Mandat entstehen, verarbeiten wir Ihre personenbezogenen Daten solange, wie dies zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung oder der Erfüllung eines sonstigen Vertrags- oder vertragsähnlichen Verhältnisses erforderlich ist. Entfallen diese Positionen und besteht keine Aufbewahrungspflicht werden Ihre Daten gelöscht.

### 3. Weitergabe von Daten

Innerhalb unseres Hauses werden Ihre personenbezogenen Daten neben dem Verantwortlichen auch an Mitarbeiter weitergegeben, die für den Kontakt und die verwaltungs- und abrechnungsseitige Zusammenarbeit mit Ihnen beauftragt sind.

Im Rahmen von Auftragsverarbeitungen werden Ihre personenbezogenen Daten ggf. an Dienstleister weitergegeben, die für uns als Auftragsverarbeiter tätig werden:

Unterstützung bzw. Wartung von EDV oder IT-Anwendungen  
Rechnungswesen / Steuer

Sämtliche Dienstleister sind vertraglich gebunden und insbesondere dazu verpflichtet, Ihre Daten gemäß den datenschutzrechtlichen Vorgaben vertraulich zu behandeln.

Eine Übermittlung Ihrer persönlichen Daten an Dritte zu anderen als den im Folgenden aufgeführten Zwecken findet nicht statt.

Soweit dies nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. b DSGVO für die Abwicklung von Mandatsverhältnissen mit Ihnen erforderlich ist, werden Ihre personenbezogenen Daten an Dritte weitergegeben. Hierzu gehört insbesondere die Weitergabe an Verfahrensgegner und deren Vertreter (insbesondere deren Rechtsanwälte) sowie Gerichte und andere öffentliche Behörden zum Zwecke der Korrespondenz sowie zur Geltendmachung und Verteidigung Ihrer Rechte. Die weitergegebenen Daten dürfen von dem Dritten ausschließlich zu den genannten Zwecken verwendet werden.

Das Anwaltsgeheimnis bleibt unberührt. Soweit es sich um Daten handelt, die dem Anwaltsgeheimnis unterliegen, erfolgt eine Weitergabe an Dritte nur in Absprache mit Ihnen.

### 4. Datenübermittlung in ein Drittland

Ihre personenbezogenen Daten werden nur innerhalb der Europäischen Union, des Europäischen Wirtschaftsraums (EWR) oder in Staaten, die die Vorgaben des Art. 45, Abs. 3 DSGVO erfüllen, verarbeitet.

## 5. Betroffenenrechte

Nach den geltenden datenschutzrechtlichen Vorgaben stehen Ihnen folgende Rechte zu:

- Werden Ihre personenbezogenen Daten verarbeitet, so haben Sie das Recht, Auskunft über die zu Ihrer Person gespeicherten Daten zu erhalten (Art. 15 DSGVO).
- Sollten unrichtige personenbezogene Daten verarbeitet werden, steht Ihnen ein Recht auf Berichtigung zu (Art. 16 DSGVO).
- Liegen die gesetzlichen Voraussetzungen vor, so können Sie die Löschung oder Einschränkung der Verarbeitung verlangen sowie Widerspruch gegen die Verarbeitung einlegen (Art. 17, 18 und 21 DSGVO).
- Wenn Sie in die Datenverarbeitung eingewilligt haben oder ein Vertrag zur Datenverarbeitung besteht und die Datenverarbeitung mithilfe automatisierter Verfahren durchgeführt wird, steht Ihnen gegebenenfalls ein Recht auf Datenübertragbarkeit zu (Art. 20 DSGVO).
- Sie haben ein Beschwerderecht bei einer zuständigen Datenschutzaufsichtsbehörde (Artikel 77 DSGVO i.V.m. § 19 BDSG). Die für uns zuständige Aufsichtsbehörde ist der sächsische Datenschutzbeauftragte in Dresden.
- Gemäß Art. 18 DSGVO die Einschränkung der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten zu verlangen, soweit die Richtigkeit der Daten von Ihnen bestritten wird, die Verarbeitung unrechtmäßig ist, Sie aber deren Löschung ablehnen und wir die Daten nicht mehr benötigen, Sie jedoch diese zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen benötigen oder Sie gemäß Art. 21 DSGVO Widerspruch gegen die Verarbeitung eingelegt haben;
- Gemäß Art. 20 DSGVO Ihre personenbezogenen Daten, die Sie uns bereitgestellt haben, in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesebaren Format zu erhalten oder die Übermittlung an einen anderen Verantwortlichen zu verlangen und
- Gemäß Art. 77 DSGVO sich bei einer Aufsichtsbehörde zu beschweren. In der Regel können Sie sich hierfür an die Aufsichtsbehörde Ihres üblichen Aufenthaltsortes oder Arbeitsplatzes oder unseres Kanzleisitzes wenden.

Sofern Ihre personenbezogenen Daten auf Grundlage von berechtigten Interessen gemäß Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. f DSGVO verarbeitet werden, haben Sie das Recht, gemäß Art. 21 DSGVO Widerspruch gegen die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten einzulegen, soweit dafür Gründe vorliegen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben.

**Möchten Sie von Ihrem Widerspruchsrecht Gebrauch machen, genügt eine E-Mail an [datenschutz@rechtsanwaltskanzlei-roethig.de](mailto:datenschutz@rechtsanwaltskanzlei-roethig.de)**

Sofern Sie freiwillig in die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten durch eine entsprechende Erklärung nach Art. 6, Abs. 1, lit. a DSGVO eingewilligt haben, können Sie die Einwilligung jederzeit für die Zukunft widerrufen. Die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Datenverarbeitung wird durch diesen nicht berührt.

## 6. Bereitstellung von Daten

Im Rahmen eines Mandats oder eines adäquaten Vertragsverhältnisses müssen Sie diejenigen personenbezogenen Daten bereitstellen, die für die Aufnahme, Durchführung und Beendigung des Mandates bzw. Vertragsverhältnisses und zur Erfüllung der damit verbundenen mandatsseitigen bzw. vertraglichen Pflichten erforderlich sind oder zu deren Erhebung wir gesetzlich verpflichtet sind. Ohne diese Daten werden wir in der Regel nicht in der Lage sein, das Mandat bzw. den Vertrag mit Ihnen zu schließen oder dieses auszuführen.